



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein SPD**

Illegale Abfallbeseitigung im Landkreis Würzburg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend mündlich wie schriftlich zu berichten,

- gegen welche Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Zusammenhang mit einer mutmaßlich rechtswidrigen Abfallentsorgung im Schotterwerk Aub im Landkreis Würzburg nach ihren Erkenntnissen verstoßen wurde;
- zu welchen weiteren Umweldelikten es, abgesehen von möglichen Delikten im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung, nach Kenntnisstand der Staatsregierung möglicherweise noch gekommen ist,
- welche umwelt- und gesundheitsgefährdenden Stoffe dabei mutmaßlich in Boden, Wasser und Luft gelangten,
- welche Gefahren für die Bevölkerung dabei nach derzeitigem Kenntnisstand bestanden haben bzw. bestehen,
- welche Schäden für die Umwelt entstanden sind,
- seit wann die verantwortlichen Behörden und Aufsichtsbehörden davon wussten und
- was sie seitdem konkret dagegen unternommen haben.

Begründung:

Im April 2016 wurde bekannt, dass es in Aub im Landkreis Würzburg mutmaßlich zu einem möglicherweise besonders schlimmen Fall von illegaler Abfallbeseitigung und Umweltkriminalität gekommen ist. Auf dem Gelände des Auber Schotterwerks soll seit vielen Jahren illegal Abfall beseitigt worden sein. Dabei sind möglicherweise auch gesundheitsschädliche und wassergefährdende Schadstoffe in die Umwelt, in Boden und Wasser gelangt. Angesichts des Verdachts, dass ein solches kriminelles Vorgehen unter Umständen schon seit 1999 so praktiziert wurde, stellt sich neben der Frage nach Gefährdung von Bevölkerung und Umwelt auch die Frage nach dem Handeln der zuständigen Behörden.